



## Rede zum Haushalt 2021

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushalt für das Jahr 2021 sieht Personalausgaben von über 67 Millionen Euro vor. Im Jahr 2019 lagen diese Ausgaben noch bei rund 54 Millionen Euro. Dies bedeutete eine Zunahme von fast 13 Millionen Euro in nur zwei Jahren, bzw. 24%.

Dies bedeutet eine fast explosionsartige Erhöhung an dieser Stelle.

Aber nicht nur die Personalkosten laufen in diesem Kreis völlig aus dem Ruder, auch die Ausgaben für die sog. Sach- und Dienstleistungen steigen von rund 45 Mio. Euro im Jahr 2019 auf über 59 Millionen in diesem Jahr und somit um ca. 14 Millionen Euro. Dies bedeutet einen Anstieg um rund 30%.

So muss es nicht verwundern, dass in dem 1. Entwurf zum Haushaltsplan die Kreisumlage auf über 36,5% anstieg und die Schulumlage auf 22,2%.

Dies dürfte hessenweit ein unrühmlicher Spitzenplatz darstellen.

Diese Umlagen haben für die Städte und Gemeinden in unserem Kreis eine nahezu erdrückende Wirkung, welche die Handlungsfähigkeit der Kommunen bereits einschränkt.

Mit der aktualisierten Haushaltssatzung wurde die Kreisumlage auf rund 34 Prozent gesenkt und die Schulumlage auf nunmehr 21,4 % abgesenkt.

Diese Absenkung erleichtert eine positivere Bewertung des Haushaltes deutlich, der 1. Entwurf des Haushaltes war abzulehnen.

Den Antrag der CDU-Fraktion zur weiteren (wünschenswerten) Reduzierung der Kreisumlage auf 33,5 % sowie der Schulumlage auf 21% bewerten die Freien Wähler kritisch, da entsprechende Spielräume durch uns kaum gesehen werden.

Den Beschluss für das Haushaltsjahr 2022 hat durch den neuen Kreistag zu erfolgen und nicht hier und heute.

Ein hoher Anteil der Ausgaben sind für gesetzliche Vorgaben und sogenannte Schulträgeraufgaben zu leisten.

In den Bereich der sozialen Leistungen fallen aber auch die hohen Verluste der Kreisklinik. Hier sind wir mit dem geplanten Defizit von rund 4 Millionen Euro auf einem „guten“ Weg, hier sehen die Freien Wähler aber noch immer Optimierungsbedarf.

Für unsere Fraktion möchte ich zum Ausdruck bringen, dass wir insbesondere der Leiterin der Klinik Frau Prof. Raab unser volles Vertrauen aussprechen.

Um es klar zu sagen, die Freien Wähler stehen zu einer wirtschaftlich tragfähigen Klinik am Standort in Groß-Gerau.

Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig dieser Standort für die Gesundheitsversorgung in unserem Kreis ist.



Wir wünschen uns aber auch, dass die Klinikleitung und der Landrat zeitnah nach der Wahl mit unserer Fraktion wieder ins Gespräch kommen.

Momentan arbeiten wir uns nur durch bedruckte Papier- und Aktenberge.

Vor dem Hintergrund, dass Corona-bedingt rund 56 Stellen von der Klinik in die Kernverwaltung übernommen wurden, belastet auch dieser Punkt den Kreishaushalt. Hier bleibt abzuwarten, welche Kompensationszahlungen von Land und Bund für die geforderte Nachverfolgung der Kontaktpersonen übernommen werden.

Ich möchte nun auf einige Anträge zum Haushalt 2021 eingehen.

Der Kreisausschuss schlägt vor, eine Wohnungssicherungsstelle im Kreis zu schaffen und diese zusätzliche Personalstelle beim Kreisausschuss zu installieren. Mit der Grundidee können sich die Freien Wähler durchaus anfreunden. Nicht anfreunden können wir uns aber mit den Kosten für **eine Personalstelle**, diese sollen sich auf **90.000 € im Jahr** belaufen. Dieser Kostenansatz erscheint uns nicht angepasst und deutlich zu hoch.

In einem gemeinsamen Antrag der Koalition soll ab dem 01. August ein Teilhabeticket in Form einer RMV-Jahreskarte für SGB-II-Leistungsempfänger eingeführt werden.

Grundsätzlich ist das eine gute Idee, nur ist der Kreis dafür nicht originär zuständig. Es wäre somit eine freiwillige Leistung. Wenn es eine Pflichtleistung werden soll, muss der Gesetzgeber dafür jedoch eine rechtliche Grundlage schaffen und für diese Kosten aufkommen.

Die im Beschluss genannten 250.000 € sollen an anderer Stelle eingespart werden, welche Stelle das sein soll steht zur Sicherheit mal nicht im Antrag. Nach dem Motto, ich baue mir mal einen schönen Puffer in den Haushalt und stelle dann über die Koalition einen mir passenden Antrag.

So kann man auch Politik machen.

Bisher konnten die Ausgabensteigerungen in den vergangenen Jahren durch die guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Steuereinnahmen kompensiert werden.

Dies wird in dieser Form in den kommenden Jahren nicht mehr so möglich sein, den Städten und Gemeinden drohen zum Teil erhebliche Einbußen bei der Gewerbesteuer. Ein „Weiter so“ wird den Haushalt des Kreises in ein großes Defizit führen.

Allen Verantwortlichen in diesem Kreistag muss bewusst sein, dass jeder Euro über die Kreisumlage von unserer Bürgerinnen und Bürgern und den Gewerbesteuerzahlern erwirtschaftet werden muss.

Hier darf kein Euro leichtfertig ausgegeben werden. Dies kann ich insbesondere bei den Anträgen der Koalition nicht erkennen. Weder in den vergangenen Jahren, noch in diesem Haushalt.

Positiv nahmen die Freien Wähler jedoch die signalisierte Zustimmung zur Erhöhung der Mittel zur Beschaffung der Lastenräder auf. Der Kauf dieser Räder ist auch für durchschnittliche Haushalte nicht ohne weiteres zu realisieren. Um eine Mobilitätswende tatsächlich zu erreichen, muss an dieser Stelle auch noch mehr gefördert werden. Ebenso wurde Zustimmung für das Denkmal „Zeichen des Vergessen“ signalisiert.

Vor dem Hintergrund des hohen Anteils von Pflichtleistungen im Haushalt, der hoffentlich positiven Entwicklung unserer Klinik in diesem Jahr und den vor uns liegenden Aufgaben, für die wir einen beschlossenen Haushalt benötigen, werden die Freien Wähler diesen Haushalt nicht unisono ablehnen, sondern wie bei uns üblich frei darüber abstimmen.

Bei aller Kritik am nach wie vor wenig ausgeprägtem Sparwillen der Koalition.

22.02.2021

Gez. Rolf Leinz

